

Erich Hahn

Angelika Timm, Israel – Gesellschaft im Wandel. Leske und Budrich, Opladen 2003, 327 S. ISBN 3-8100-4032-0. 19.90 €

„Soziale Strukturen menschlichen Zusammenlebens sind nie statische Gebilde. Inneren Triebkräften folgend und auf äußere Gestaltungsimpulse reagierend, unterliegen sie einem steten Wandel, wobei sich Zeiten relativen Kontinuums mit Phasen gravierender Umschwünge abwechseln und mitunter abrupte Brüche entstehen“ (S.273).

Diese Zeilen am Beginn des letzten, zusammenfassenden Kapitels können als Leitmotiv der jüngsten Publikation von Angelika Timm, Mitglied der Leibniz-Sozietät und zur Zeit Gastdozentin an der Bar-Ilan-Universität in Tel Aviv gelten. Die Autorin, die sich bereits mit ihrer 1998 in 3. Auflage erschienenen Geschichte des Staates Israel seit seiner Gründung und zahlreichen weiteren Veröffentlichungen als Kennerin der Region ausgewiesen hat, zeichnet ein eindrucksvolles Bild jener grundlegenden Wandlungen, die die israelische Gesellschaft insbesondere im letzten Vierteljahrhundert geprägt haben. Sie beschreitet nicht den normalen Weg einer im engeren Sinne historischen Darstellung, die mehr oder weniger chronologische Vollständigkeit des gewählten Gegenstandes anzustreben hat. Vielmehr erfolgt eine Konzentration auf bestimmte Prozesse, denen für die aktuelle Entwicklung und das derzeitige Profil Israels – das Buch wurde im Juli 2003 abgeschlossen – wie für deren Wahrnehmung und Rezeption „von außen“ besondere Bedeutung zukommt. Der Reiz der Lektüre wird dadurch erhöht, dass die hier ins Auge gefassten Wandlungen zwar in vieler Hinsicht irreversible Tatsachen geschaffen haben, zugleich aber nicht abgeschlossen sind – sie bergen brisante Probleme für die Zukunft in sich. Die Auswahl der Schwerpunkte geschieht nicht deduktiv, ist nicht an einem theoretischen Schema orientiert sondern folgt der realen Entwicklung, der Logik der Ereignisse – und stellt sich damit natürlich auch der wissenschaftlichen Diskussion.

Von großem Gewicht für eine Vielzahl sozialer, politischer und geistig-kultureller Prozesse der israelischen Gesellschaft war und ist die ethnische

Dynamik der Bevölkerungsstruktur. Skizziert werden im ersten Kapitel zwei „demographische Revolutionen“. In den ersten anderthalb Jahrzehnten nach der Staatsgründung verdoppelte sich die Bevölkerung von 1,2 auf 2,6 Millionen. Neben ca. 530 000 Einwanderern aus Europa – in der Mehrzahl Überlebende der Shoa – hatten nahezu 650 000 Immigranten aus Asien und Afrika eine neue Heimat gefunden, die mithin ein Viertel der Bevölkerung ausmachten – eine bemerkenswerte Zäsur in der bis dahin von ehemals europäischen und amerikanischen Juden dominierten Gesellschaft. Ein drittes Segment neben Ashkenasim und Misrachim (Juden aus islamischen Ländern) entstand dann vor allem zwischen 1989 und 2000 durch den Zustrom von 900 000 Zuwanderern aus der ehemaligen UdSSR, die zusammen mit den bereits in den siebziger Jahren Eingewanderten ein Fünftel der Gesamtbevölkerung darstellten – die zweite demographische Revolution in einem überaus kurzen historischen Zeitraum. Und dazu kommen noch knapp 140 000 Immigranten aus angelsächsischen Ländern (zwischen 1949 und 2001) und 50 000 aus Äthiopien in den achtziger Jahren. Anschaulich wird belegt, welche enormen Eingliederungsprobleme für den kaum 21 000 qkm großen Staat auf diese Weise entstanden und welche konfliktreichen Konsequenzen für das Sozialgefüge, die politischen Konstellationen, die religiösen Beziehungen und die Lebensweise erwachsen mussten.

Das folgende Kapitel ist dem für Israel existentiellen Problem der Beziehung zwischen Staat und Religion gewidmet (zu dieser Thematik hat die Autorin im März 2001 vor der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften einen Vortrag gehalten, der in Band 44 der Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät abgedruckt wurde). Wenn Israel auch noch in seinem sechsten Jahrzehnt über keine Verfassung verfügt, so wegen der Fortexistenz jener Spaltung zwischen säkularen und religiösen Positionen im Zionismus über den Charakter dieses Staates und die Rolle der Religion in ihm, die 1948 durch einen Kompromiss zwar mehr oder weniger geregelt wurde, der seinerseits aber aufgrund der gesellschaftlichen Dynamik immer wieder fundamentalen Belastungen bis hin zu einem „Kampf um den Staat“ in den neunziger Jahren (S. 74) ausgesetzt ist. Der von religiösen Kräften als Zeichen Gottes gedeutete und als Ermunterung zur weiteren Inbesitznahme von palästinensischem Land verstandene Sieg im Sechstagekrieg 1967, Widersprüche im Demokratieverständnis aber auch religiöse Differenzen („sephardische Revolution“ – S. 98) markieren Triebkräfte dieser dramatischen Entwicklung. Einen Beitrag zu ihrem Verständnis bieten durch soziologische Daten untermauerte Ausführungen zum Charakter der maßgebenden religiösen Gruppierungen (insbesondere der Ul-

traorthodoxen) sowie zum Profil und der Rolle religiöser Parteien. Detailliert nachgezeichnet werden die Ebenen, Positionen, Fronten und Wirkungsfelder der Zuspitzung dieser Auseinandersetzung in den neunziger Jahren, die als „Kulturkampf“ firmiert wurden (S. 104ff.).

Auch das politische System unterlag bedeutsamen Veränderungen (drittes Kapitel). Das Auf und Ab der Sicherheitslage und der damit verbundenen außenpolitischen Konflikte sind als Einflussfaktoren ebenso in Betracht zu ziehen wie innere Wandlungen, die mit den wechselnden äußeren Bedingungen verwoben und nur schwer auf einen Nenner zu bringen sind. Der im Vergleich zu anderen heutigen Gesellschaften auffällig hohe Politisierungsgrad erhielt einen kräftigen Schub durch zunehmende Aktivitäten ultraorthodoxer Gruppen und die Vergrößerung der Wählerschaft religiöser Parteien. Widersprüchliche Reformen demokratischer Verfahrensregelungen, die gesetzliche Ausweitung individueller Rechte auf dem Hintergrund eines zerbröckelnden nationalen Konsenses und erheblicher Störungen der sozialen Solidarität erschwerten die gesamtgesellschaftliche Kompromissuche und Entscheidungsfindung. Die weitere Fragmentierung des Parteiensystems (aufgrund einer niedrigen Sperrklausel gab es in der Knesseth niemals weniger als zehn Parteien bzw. Parteiblöcke) und der Einflussverlust der großen Parteien bildeten zwei Seiten einer Medaille. Hoffnungen auf mehr parlamentarische Stabilität haben sich nicht erfüllt. Zugleich vermochte sich auch Israel nicht gegen eine zunehmende Amerikanisierung des Wahlkampfes abzuschotten. Die Machtfülle des Ministerpräsidenten, der parallel zur Wahl des Parlaments mit direktem Votum durch das Volk bestimmte werden sollte, wurde erweitert. Zusammenfassend wird eine gravierende Veränderung des Parteiensystems innerhalb eines Jahrzehnts konstatiert: „Der Wandel verdeutlichte den Übergang von einer relativ geschlossenen politischen Gemeinschaft mit tradierter Parteienstruktur zu einer offenen, fragmentierten und dynamischeren postmodernen Gesellschaft, in der jedes gesellschaftliche Segment über eine eigene politische Prioritätenfolge und Agenda verfügte. An die Stelle des zionistischen Konsens, auf den sich zuvor jede Regierung in Grundsatzentscheidungen stützen konnte, trat eine israelspezifische Mehrheitsdemokratie, die sich für die Exekutive als schwer regierbar erwies“ (S. 139).

Normalerweise bietet es sich an, die letzten Triebkräfte der Wandlungen einer Gesellschaft in deren wirtschaftlichen Grundlagen aufzuspüren. Angelika Timm ist dennoch gut beraten, dieser Regel zunächst nicht zu folgen und die Probleme der israelischen Wirtschaft erst im vierten Kapitel zur Sprache zu bringen. Nicht, dass dieser Bereich in dem interessierenden Zeit-

raum keine Entwicklung aufzuweisen hätte. Nur werden die von ihm ausgehenden gesamtgesellschaftlichen Impulse erst im Kontext einer Reihe internationaler, historischer bzw. außerökonomischer Faktoren wirksam. Die Liberalisierungs- und Privatisierungswelle der neunziger Jahre beispielsweise ist gewiss ein Moment weltweiter Dominanz des Neoliberalismus und der Globalisierung. Sie erfasst jedoch in Israel ökonomische Strukturen und Institutionen, deren historische Genese, Entfaltung und Rolle untrennbar mit Grundprinzipien des Zionismus verbunden sind und die insofern in starkem Maße Symbolcharakter tragen. Das betrifft vor allem die wirtschaftsorganisatorische und soziale Funktion der Gewerkschaft Histadrut und das Schicksal der Kibbuzbewegung. Die negativen sozialen Auswirkungen dieser Brüche, die an und für sich ein beträchtliches Widerspruchspotenzial darstellen, erhielten zusätzliche Sprengkraft und ein bemerkenswertes öffentliches Forum durch den Protest orthodoxer Positionen, der sich seinerseits mit der militanten Ablehnung allgemeiner Modernisierungstrends in den Bereichen Kultur und Bildung verband.

Es ist eine Frage von größter und allgemeiner Bedeutung, ob diese generellen Tendenzen des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts die sozial, moralisch und religiös motivierten Widerstände – die zweifellos historisch widersprüchlichen Charakter tragen – niederwalzen und ins historische Abseits verbannen oder ob auf diesem spezifischen gesellschaftlichen Boden eine gewisse Modifizierung, eine humanere Form dieser Trends möglich erscheint.

Eine verhängnisvolle Dialektik israelischer Gesellschaftsentwicklung muss darin gesehen werden, dass ihre spezifischen inneren Polarisierungen sich immer dann Geltung verschaffen, wenn die äußeren Existenzbedingungen sich tendenziell friedlich gestalten, während bestimmte, mit der Zunahme von Gewalt und kriegerischer Auseinandersetzung verbundene äußere Bedrohungen die innergesellschaftlichen Konfliktpotenziale in der Regel mit einem erzwungenen, zeitweisen und oberflächlichen Konsens überlagern. Andererseits hing die Rolle Israels bei der Gestaltung des Nah-Ost-Konflikts gerade in den neunziger Jahren in starkem Maße von innergesellschaftlichen Transformationsprozessen ab: „Die Friedenssuche erfolgte parallel zur Öffnung der Gesellschaft, zu Liberalisierungstendenzen in der Wirtschaft und zu einem Reformschub im politischen System“ (S. 185).

Einen Vorzug des der Entfaltung dieser These gewidmeten Kapitels sehe ich darin, dass die jeweiligen Geschehnisse stets konkret in ihren historischen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen dargestellt werden. Hiesige Medien konfrontieren den Beobachter nur allzu oft mit isolierten aktuellen

Aktionen oder Äußerungen der Konfliktparteien, aus deren Wechselhaftigkeit nur schwer eine Gesamtvorstellung zu gewinnen ist. Solche Schlüsselergebnisse wie das bis heute umstrittene Verhalten Ehud Baraks und Yassir Arafats in den erfolglos gebliebenen Camp-David II-Verhandlungen, das Auf und Ab der israelischen Friedensbewegung oder der Wechsel von abenteuerlichen Aktionen und Inkonsequenzen bei Bemühungen um Entspannung seitens der Regierungspolitik finden aber nur dann eine gewisse Erklärung, wenn sie auf ihre zahlreichen und widersprüchlichen Bestimmungsfaktoren bezogen werden. Begrüßenswert ist auch der hier praktizierte schwierige Spagat jeglicher Israel-Reflexion, eine eigene Position zur israelischen Politik nicht zu verleugnen und sich der eigenen Wertung nicht zu enthalten, andererseits aber nicht der Unsitte zu folgen, wohlfeile Ratschläge oder Ermahnungen zu erteilen. Die Autorin spart nicht mit Kritik, aber sie weiß um die Probleme derer, über die sie schreibt. Sie erörtert Positionen und deren mutmaßliche Konsequenzen, verschweigt aber auch nicht, wo Probleme unter den gegebenen Bedingungen kaum eine Lösung finden werden.

Es leuchtet ein, dass die Wandlungen der letzten Jahrzehnte die geistigen Grundlagen, die Werte und das Selbstverständnis der israelischen Gesellschaft, die im Zionismus konzentrierten Ausdruck finden, nicht unberührt gelassen haben. Es geht nicht nur darum, dass diese Ideologie wie jede andere mit der praktischen Realisierung der von ihr proklamierten historischen Ziele harten Bewährungen ausgesetzt war und ist. Vielmehr gestalteten die sich hier ergebenden Umstände, die hier stattfindende Begegnung von Ideal und Wirklichkeit besonders konfliktreich. Hinzu kommt, dass der Zionismus zwar über einen Kanon grundlegender Auffassungen, Ziele und Prinzipien verfügt, aber „nie eine monolithische Bewegung“ (S. 265) war. Der generelle Konsens war stets von einem Mit-, Neben- und Gegeneinander unterschiedlicher Strömungen und vom Zwiespalt zwischen religiösen und nicht-religiösen Begründungen begleitet. Und er existiert in der – bisweilen militanten – Differenz zu nicht-zionistischen Positionen im Judentum.

Der Versuch der Autorin ist verdienstvoll, ein verallgemeinertes Bild der überaus facettenreichen innerisraelischen bzw. innerzionistischen Auseinandersetzungen zu bieten: die Stärkung eines „national-religiösen“ Zionismus nach 1967 bzw. nach 1977 (der Regierungsübernahme durch den Likud); die „postzionistischen“ Attacken auf den traditionellen, den klassischen Zionismus seit der ersten Hälfte der neunziger Jahre, die sich insbesondere auf das Geschichtsbild, die Rolle Israels im jüdisch-arabischen Verhältnis und den Umgang mit der Schoah konzentrierten; die Ausformung religiöser ebenso

wie nicht-religiöser „neozionistischer“ Konzepte als Reaktion auf den innenpolitischen Rechtstrend und die zweite Intifada.

Eine Grundlinie dieser – nicht zuletzt um Bildungsinhalte und -prinzipien – geführten Auseinandersetzungen sieht Angelika Timm in der Polarisierung von stärker universalistische Ideale betonenden und sich strikt an überkommenen Grundwerten orientierenden zionistischen Positionen. Die Heftigkeit des Streits dürfe allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie „die Gesellschaft insgesamt weitgehend unberührt und unverändert ließen“. Der Zionismus sei in seinen Grundfesten und seinem Ideengebäude nicht wesentlich erschüttert worden. Zu erwarten sei daher auch weiterhin das Auftreten mehrerer „Zionismen“, die um das Primat in der Gesellschaft ringen (S. 271f.).

In einem abschließenden Ausblick auf Konfliktfelder, Entwicklungstrends und Zukunftsdebatten werden nochmals jene Trennlinien und Widerspruchsachsen benannt, die bewirken, dass trotz „deutlicher Zunahme“ eines auf Israel bezogenen Nationalgefühls und unter dem Schirm einer übergreifenden jüdisch-israelischen Identität unterschiedliche Wertesysteme und Gruppenidentitäten erhalten bleiben werden (S. 282, 285). Die Zukunft werde in bedeutsamem Maße von der Entscheidung bestimmt sein, ob Israel, dem nicht zuletzt aus der Holocaust-Erfahrung resultierenden zionistischen Konsens folgend, sich als jüdischer Staat mit demokratisch-parlamentarischen Strukturen und Regeln profilieren könne. Auf Positionen wie die des Historikers Amnon Rubinstein und des Politologen Shlomo Avineri bezugnehmend, meint Angelika Timm, der „Beobachter“ komme nicht umhin, Toleranz und Demokratie als unverzichtbar für die israelische Gesellschaft anzusehen (S. 270).

Die hier vorgestellte Sicht auf die israelische Gesellschaft ermöglicht es dem Leser, zwingt ihn aber auch dazu, Informationen und Kenntnisse über die tragische Entwicklung dieser Region in die ihnen eigenen genetischen und systematischen Zusammenhänge einzuordnen. Ihre Berücksichtigung und kritische Verarbeitung könnte dazu beitragen, die Urteilsfindung und den Meinungsstreit zu objektivieren. Der theoretische Diskurs wird unter anderem durch Fragen wie die nach einem weitergehenden Vergleich dieser israelischen mit anderen Gesellschaften, nach ihren unverwechselbaren Eigentümlichkeiten, aber auch Ähnlichkeiten oder Übereinstimmungen herausgefordert. Kritisch zu hinterfragen wären bestimmte Begrifflichkeiten und ihre hier praktizierte Verwendung (z.B. „politische Correctness“).